

succedo Marktbericht KW 10 vom 05.03.2024

Warum die Netznutzungsentgelte immer weiter steigen



Autorin: Elisabeth Stertkuhl
E-Mail: elisabeth.stertkuhl@succedo-beratung.de

Mittels Wind- und Photovoltaik-Anlagen kann Strom deutlich günstiger erzeugt werden als mit fossilen Energieträgern. Je mehr Erneuerbare Energien also erzeugt werden, desto günstiger müsste Strom werden.

Obwohl der Anteil der Erneuerbaren Energiemengen 2023 bereits bei 60 Prozent lag, bleiben die Strompreise jedoch vergleichsweise hoch. Am 29. Februar erläuterte der E.ON-Chef Leonard Birnbaum im Klima-Labor des Nachrichtensender n-tv die Zusammenhänge aus seiner Sicht. Wie wir meinen, ein sehr lesenswertes Interview. Wir haben nachfolgenden die wichtigsten Aussagen für Sie zusammen gefasst. Das komplette Interview finden sie hier: [Eon-Chef Birnbaum im "Klima-Labor": Windparks an "falschen Stellen" sorgen für immer höhere Netzentgelte - n-tv.de](#)

Die Erneuerbaren müssen erst ins Stromnetz integriert werden, denn die Vielzahl an Solar- und Windkraftwerken benötigen deutlich mehr Anschlüsse, Leitungen und Flächen, um ähnliche Strommengen wie wenige zentrale konventionelle Kraftwerke zu erzeugen - und zusätzliche Reserven, weil Sonne und Wind nicht rund um die Uhr scheinen oder wehen. Je mehr Erneuerbare in das System eingebracht werden, desto mehr steigen die Kosten.

Wann wird der Strom durch den Umbau der Erzeugungslandschaft wieder günstiger?

Vier Cent pro Kilowattstunde (kWh) sind die Produktionskosten. Hinzu kommen die staatlichen Lasten, wie bspw. die Stromsteuer, die MwSt., Konzessionsabgaben usw. Zusätzlich besteht das Problem, dass die Erneuerbaren in das System integriert werden müssen. Diese System-Integrationskosten wirken kostensteigernd.

In der Vergangenheit war es kein Problem die erneuerbaren Energien zu integrieren, weil die konventionellen Reserve-Kraftwerke das System stabilisiert haben. Die Kernkraftwerke wurden abgeschaltet und demnächst folgen die Kohlekraftwerke. Stattdessen wird eine Gasreserve geplant, die bezahlt werden muss (am 05.02.2024 einigte sich die Bundesregierungen auf ihre Kraftwerkstrategie und damit den Ausbau von Gasreserve-Kraftwerken).

Insgesamt soll zunächst die Errichtung von bis zu zehn Gigawatt an Gas-Kraftwerksleistung ausgeschrieben werden. Und 2032 soll festgelegt werden, wann zwischen 2035 und 2038 die Anlagen vollständig auf Wasserstoff umgestellt werden. Planung und Genehmigung der Anlagen sollen beschleunigt und die Vorhaben mit der EU-Kommission abgestimmt werden. Die Förderungen sollen aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziert werden, einem Sondertopf des Bundes. Wie es aus Koalitionskreisen hieß, liegen die Kosten bei ungefähr 16 Milliarden Euro für die nächsten rund 20 Jahre.

Ob diese Mittel ausreichend sein werden, wird die Zeit zeigen. Zuletzt sind Großprojekte in Deutschland eher durch verschleppte Realisierungstermine und ausufernde Kosten als Punktlandungen im Budget und Timing gekennzeichnet.

Neben den Kraftwerkskosten benötigt Deutschland durch die Umstellung auf eine dezentrale Energieerzeugung zunehmend mehr Anschlüsse, Leitungen, Flächen und Kapital zum Bau. Dann müssen die erzeugten Strommengen ins Netz eingespeist, der Netzbetrieb gesteuert und die Strommengen über die Netze verteilt werden. Das bedeutet alles in allem mehr Infrastruktur und ein wesentlich höherer Aufwand, der zur Netzstabilität betrieben werden muss. Auch das wirkt kostensteigernd.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Prognose der erzeugten Strommengen aus EE-Anlagen wesentlich aufwendiger ist. Die Prognoseprofile müssen geglättet werden. Auch das bedeutet weitere Zusatzkosten. Anders gesagt: Die günstige Erneuerbare Energie erzeugt Nebenkosten, die für einen großen Unterschied zwischen den Erzeugungskosten und den Endpreisen sorgen.

Unser Fazit:

Erst wenn alle Kraftwerke neu errichtet und die Netze ausgebaut wurden, können die Stromkosten wieder sinken. Bis dahin muss der Gesetzgeber darauf achten, dass die Nebenkosten des Ausbaus nicht über die Netzentgelte sozialisiert werden, während die Gewinne aus der Stromerzeugung privat bleiben. Der Geldbedarf ist also groß. Und wer sich an die früherer EEG-Umlage erinnert, der weiß, dass der politischen Kreativität bei der Vergrößerung der Einnahmen (Stichwort 40% EEG-Umlage auf selbsterzeugten und selbstverbrauchten Strom) wenig Grenzen gesetzt sind.